

Hamburg-Altona, 27.01.2012

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona erklärt:

Baurecht kassieren, Bebauungspläne ignorieren - Einigkeit beim Rechtsbruch zwischen Bezirksamt und den Mehrheitsparteien – Die LINKE fordert einen Untersuchungsausschuss

SPD, GAL, CDU und FDP lehnen die Einleitung/Aufstellung eines ordnungsgemäßen Bebauungsplanverfahrens bzw. dessen Änderung (Altona-Altstadt 46) für die Bebauung der sog. Bergspitze zwischen Großer Bergstr. und Neuer Großer Bergstr. ab. Dadurch wird die damit verbundene zwingend vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit nach §3 Baugesetzbuch ausgehebelt.

Der Baudezernent Dr. Gütter und sein Fachamtsleiter Stadt- und Landschaftsplanung Conrad haben bei einer von der STEG und dem Bezirksamt Altona am 25.01.12 organisierten Veranstaltung im Kollegiensaal des Altonaer Rathauses vor mehr als hundert Personen der Öffentlichkeit erklärt, dass es seitens der Politik keinen Einleitungs-/ oder gar Aufstellungsbeschluss für ein B-Plan-Änderungsverfahren zu Altona-Altstadt 46 gebe, weswegen der Verwaltung in Bezug auf eine von der anwesenden Öffentlichkeit mit überwältigender Mehrheit geforderten möglichen Veränderungssperre die Hände gebunden seien.

Der Vorsitzende des Planungsausschusses, Claassen, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, behauptete hingegen in der gestrigen BV-Sitzung, man sei mitten in einem B-Plan-Änderungsverfahren. Diese Position wurde auch von den Fraktionsvorsitzenden von SPD und GAL unterstützt, obwohl dieselben Fraktionen am 22.11.11 im Bauausschuss den Antrag der LINKEN nach Überweisung des Bauvorbescheidsantrages in den Planungsausschuss mit dem Ziel einer Bebauungsplanänderung bzw. Aufhebung abgelehnt hatten.

Als der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jarowoy, daraufhin den Bezirksamtsleiter aufforderte, hierzu eine aufklärende Stellung zu beziehen, erklärte Herr Warmke-Rose sinngemäß, es sei doch letztlich egal, ob man nun in einem B-Plan-Änderungsverfahren sei oder nicht, man solle sich nicht an den formalen Kleinigkeiten aufhalten, sondern sich freuen, dass endlich 'die Pissecken' in der Großen Bergstr. verschwinden würden, IKEA käme und dies auch nach Westen hin (Richtung Fußgängertunnel unter der Max-Brauer-Allee) von den entsprechenden Investoren aufgegriffen würde.

Tags zuvor hatte der Altonaer Baudezernent wörtlich erklärt, dass man das Baurecht im westlichen Teil der Bergspitze (Altona-Altstadt 46) „kassiert“ habe, was man im östlichen Teil allerdings auch getan hat, indem man dem Investor Bruhn die Nichteinhaltung der zwingend vorgeschriebenen Baulinien genehmigt hat.

PRESEMITTEILUNG

Worum geht es?

2004 wurde der B-Plan Altona-Altstadt 46 beschlossen und als Gesetz verabschiedet, der den vier oder fünf Grundeigentümern zwischen Max-Brauer-Allee (Peek & Cloppenburg/Kabs) und der SEB/Santander-Bank ein Baurecht ermöglichte, das ungefähr die Hälfte der zuvor von den Pavillons und Bäumen bestehenden Fußgängerzone in der Neuen Großen Bergstr. umfasste. Die Eigentümer, zu denen auch die FHH mit dem ehemaligen Finanzamtsgebäude gehörte, hatten jedoch kein Interesse an derartigen Investitionen in der Neuen Großen Bergstr. Keiner wollte die öffentliche Fläche in der Fußgängerzone kaufen und darauf bauen. Als nun IKEA in den Bezirk geholt wurde, änderte sich das Investoreninteresse schlagartig. Allen voran der Eigentümer des östlichen Teils der sog. Bergspitze mit der Santander-Bank, dem auch der gegenüberliegende Gebäudekomplex gehört, wo sich bis vor Kurzem u.a. Woolworth befand, wollte sofort à la IKEA auf der westlichen Seite des Goethe-Platzes bauen und berief sich dabei auf sein Baurecht aus dem B-Plan von 2004. Tatsächlich kann er sich auf dieses Baurecht berufen, was die Hälfte der Fußgängerzone in der Neuen Großen Bergstr. umfasst, aber die Fußgängerzone gehört nach wie vor der Stadt. Und Baurecht ohne Eigentum ist im Kapitalismus nun einmal nichts wert. Nun hat der Bezirk diesem Investor Bruhn als 'Entschädigung' für das zurückgenommene Baurecht auf öffentlichem Grund in der Neuen Großen Bergstr. eine mehr als 15 Meter hineinragende Zunge in den Goetheplatz und eine weitere Aufstockung seiner sechsgeschossigen Bebauungspläne um ein zusätzliches Staffelgeschoss angeboten und mit Zustimmung der Mehrheit des Bauausschusses auf Empfehlung des Amtes für rechtens durch Befreiungen vom Bebauungsplan erklärt.

Entweder ist nun das Baurecht des gültigen B-Planes kassiert, das Befreiungen dieses Ausmaßes nicht zulässt, oder es gibt ein laufendes Bebauungsplan-Änderungsverfahren, das dann aber auch mit der entsprechenden Öffentlichkeitsbeteiligung und Kenntnis der dafür zuständigen leitenden Herren des Bauamtes Dr. Gütter und Conrad durchgeführt werden müsste. Warum SPD, GAL, CDU und FDP allerdings gegen die Einleitung eines B-Plan-Änderungsverfahrens stimmen, obwohl dieses ihrer erklärten Meinung nach doch bereits läuft, was wiederum das Amt in Abrede stellt, ist nicht nachvollziehbar.

Die LINKE fordert deshalb einen Untersuchungsausschuss zu diesen Vorgängen unter Hinzuziehung von neutralen Fachjuristen und VertreterInnen der Öffentlichkeit.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an Robert Jarowoy 0172-4056298